

Zur Klage gegen Ministerium entschlossen

Stadt und Nachbargemeinden planen Veranstaltung mit Fachanwalt Lutz Eiding

FREILASSING (st) - Völlig unbefriedigend war für Freilassing, Ainring und Saaldorf-Surheim die Stellungnahme aus dem Bundesverkehrsministerium in Sachen Ausbau des Salzburger Flughafens (wir berichteten). Sie wollen sich damit nicht abspesen lassen und das Ministerium notfalls mit juristischen Mitteln zwingen, ihre Interessen nachhaltig zu vertreten. Der Ainringer Gemeinderat und der Freilassinger Stadtrat haben bereits beschlossen, den von dem Fachanwalt Lutz Eiding vorgeschlagenen Weg mitzugehen. In Saaldorf-Surheim befasst sich der Gemeinderat mit dem Thema in der Sitzung am Donnerstag, 9. Juli. Bürgermeister Ludwig Nutz rechnet aber mit einer breiten Zustimmung. Die Kommunen planen eine gemeinsame öffentliche Veranstaltung zu dem Thema, mit der dem Anliegen noch mehr Nachdruck verliehen werden soll.

Bekanntlich hatte der auf Luftfahrtrecht spezialisierte Anwalt das Bundesministerium aufgefordert, es solle in Wien darauf drängen, dass das Raumordnungsverfahren für den Ausbau des Salzburger Flughafens nach deutschen Rechtsstandards wiederholt wird. Dieses Recht leitete der Jurist aus dem Staatsvertrag zum Airport-Betrieb ab. Das deutsche Verkehrsministerium in Person von Ministerialdirektor Thilo Schmidt, Leiter der Abteilung Luft- und Raumfahrt, sah aber durch die Salzburger Pläne deutsche Belange nicht betroffen, da weder mit mehr Lärm noch mit mehr Flugbewegungen zu rechnen wäre (wir berichteten).

In diesem Punkt haben die benachbarten bayerischen Gemeinden allerdings eine ganz andere Meinung. Sie befürchten sehr wohl eine Ausweitung des Betriebs durch den Ausbau des Flughafens. Prof. Lutz Eiding vertritt die Auffassung, das Bundesverkehrsministerium wäre verpflichtet gewesen, für die Umsetzung des Staatsvertrages einzustehen und entsprechend einem deutschen Planfeststellungsverfahren die Anliegerkommunen zu beteiligen. Nun handelt es sich bei der Ant-

wort aus dem Ministerium aber nicht um einen Bescheid im juristischen Sinn. So empfahl Prof. Eiding, das Ministerium durch einen erneuten Schriftsatz aufzufordern, die „gestellten Anträge rechtsmittelfähig zu verbescheiden“, wie es im Juristendeutsch heißt. Ein negativer Bescheid würde den Weg frei machen für eine Klage der Kommunen mit dem Ziel, dass das Ministerium in ihrem Sinn tätig werden muss.

Seitens der Stadtverwaltung schlug Dr. Ulrich Zeeb nun im Stadtrat vor, den von Prof. Eiding vorgeschlagenen Weg zu beschreiten. Auch die beiden Nachbargemeinden hätten bereits Zustimmung signalisiert. Bei einem ablehnenden Bescheid sollte dann gegebenenfalls Klage zur Einhaltung der sich aus dem Staatsvertrag ergebenden Pflichten eingereicht werden.

Natürlich entstehen den Kommunen dadurch auch Kosten. 3.000 Euro vor Steuern verlangt der Fachanwalt für seine Tätigkeit, die in diesem Fall den Antrag auf Verbescheidung, die Klageerhebung nebst Begründung und weitere Schriftsätze umfasst. Sollte es zu einer mündlichen Verhandlung kom-

men, kämen eventuell weitere Kosten auf die drei Auftraggeber zu.

Schon im Vorfeld ist aus den Reihen der beteiligten Kommunen der Wunsch nach einer gemeinsamen Veranstaltung mit Prof. Eiding laut geworden. Einstimmig beschloss der Freilassinger Stadtrat nun nicht nur, den vorgeschlagenen juristischen Weg zu beschreiten, sondern auch eine solche Veranstaltung zu organisieren. Sie soll öffentlich sein, so dass auch interessierte Betroffene Fragen stellen können an den Fachjuristen und die Kommunalpolitiker.

Zu dem Thema entspann sich eine kleine Diskussion im Stadtrat. SPD-Sprecher Frank Grünberg sah wenig Sinn darin, jedermann mitreden zu lassen bei dieser Veranstaltung. Er befürchtete eine endlose Diskussion und sprach sich stattdessen für eine gemeinsame Stadtrats-/Gemeinderatssitzung aus, bei der neben den Mandataren als Vertreter der Bevölkerung der Vorsitzende des Schutzverbandes, Prof. Horst Clausen, Rederecht erhalten soll. Dieser könne ja dann selbst eine öffentliche Veranstaltung durchführen.

Dagegen meinte Ernst Wohlschlager, die Angelegenheit brenne der Bevölkerung unter den Nägeln. Die Leute sollten deshalb auch mitreden dürfen. Auch FWG-Sprecher Fritz Braun sah wenig Sinn darin, die Bevölkerung auszuschließen. Eine gute Moderation könne dafür sorgen, dass die Diskussion nicht ausufere. Bürgermeister Josef Flatscher ergänzte, eine zahlreiche Beteiligung der Bevölkerung könne schon eine starke Signalwirkung haben. Einstimmig sprachen sich die Stadträte letztlich dafür aus.